

*1. Als erste Entscheidungshilfe bitten wir Sie, uns drei gute Gründe zu nennen, warum die Bürgerinnen und Bürger am 6. Juni 2021 die SPD wählen sollen.*

**Soziale Sicherheit** mit qualitativ hoher, aber gebührenfreier Bildung und Kinderbetreuung sowie **Innere Sicherheit** mit einer Steigerung der Zahl der Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst von 6.400 auf 7.000 Polizeikräfte schaffen wir.

Zudem setzen wir die **gute Wirtschaftspolitik** der aktuellen Legislaturperiode, die Arbeitsplätze, Beschäftigung und allgemeine Lohnsteigerung geschaffen hat, so erfolgreich fort.

*2. Wie will Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren den öffentlichen Dienst attraktiver, moderner, leistungsfähiger und im bundesweiten Wettbewerb konkurrenzfähiger gestalten, um perspektivisch mehr junge Menschen für Sachsen-Anhalt zu gewinnen und dauerhaft zu halten?*

Unser Land braucht einen leistungsstarken und zuverlässigen öffentlichen Dienst, der einen handlungsfähigen Staat erst ermöglicht. Gerade die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung für den normalen Verwaltungsablauf aber auch für die Bewältigung von Krisen ist. Motivierte Mitarbeiter\*innen sind dabei das Fundament des öffentlichen Dienstes.

Eine leistungsstarke und zuverlässige Verwaltung mit motivierten Beschäftigten kommt aber nicht von allein, sondern muss gestaltet werden. Dies geschieht durch eine gute Entlohnung, ein gutes Aus- und Fortbildungsangebot und natürlich Karriereperspektiven. Der öffentliche Dienst mit seiner guten Entlohnung, der attraktiven Versorgung im Ruhestand, den vielfältigen und flexiblen Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit sowie den flexiblen Formen der Heimarbeit ist für junge Menschen nicht minder interessant gegenüber einer Anstellung in der freien Wirtschaft.

*3. Wie wollen Sie mit Ihrer Partei den enormen Nachholbedarf zur Digitalisierung des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt abbauen, um mit einer zeitgemäßen und aufgabengerechten technischen Ausstattung flexible Arbeitsmöglichkeiten weiter auszubauen oder gar erst ermöglichen zu können?*

Mit der Digitalen Agenda Sachsen-Anhalt haben wir für die Bürger\*innen sowie die Wirtschaft im Jahr 2017 einen Fahrplan hin zur digitalen Zukunft unseres Landes sowie der Landesverwaltung geschaffen. Die digitale Verwaltung bis 2022 z.B. mit der flächendeckend eingeführten elektronischen Akte sowie der Ausbau der digitalen Infrastruktur sind bereits in der aktuellen Legislatur auf den Weg gebracht, müssen aber in der Umsetzung weiter begleitet werden.

Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung sowie die Flexibilisierung (wie Heimarbeit oder Wechselschichten) der Arbeitswelt, ebenso wie beim öffentlichen Dienst, beschleunigt. Nach der Pandemie werden die erfolgreich eingeführten Arbeitsmodelle für bessere Vereinbarkeit

von Arbeit und Familie fortzuführen sein. Die Motivation und auch Effizienz der Beschäftigten wird sich steigern.

*4. Wie will die SPD eine amtsangemessene, verfassungskonforme und konkurrenzfähige Besoldung herstellen, die sich im Ländervergleich mindestens im Mittelfeld bewegt? Wie positionieren Sie sich zur Erhöhung und Dynamisierung der Sonderzahlung?*

In der sechsten Wahlperiode hat sich der Gesetzgeber nach der richtungsweisenden Rechtsprechung zur Besoldung umfangreich mit der verfassungsgemäßen Besoldung auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang hat es ein Besoldungsänderungsgesetz gegeben und der Gesetzgeber hat, orientiert an den Vorgaben des Gerichts, eine amtsangemessene und verfassungsgerechte Besoldung hergestellt.

Nun noch kurz eine Anmerkung zur angesprochenen Sonderzahlung. Im Wahlkampf zur Landtagswahl 2016 hatte ein politischer Mitbewerber der SPD die vollständige Wiederherstellung des Weihnachtsgeldes schon im Wahljahr 2016 in Aussicht gestellt. Später bei Übernahme der beiden für dieses Vorhaben wichtigen Häuser dem Ministerium für Inneres und Sport sowie dem Finanzministerium kam es erst zu einer Umsetzung, die deutlich unter den Versprechungen lag und erst in 2017 erfolgte. Man hüte sich vor Leuten, die Dinge versprechen, die dann nach dem Wahlkampf nicht einzuhalten sind!

Wir als SPD können auch für die kommende Wahlperiode kein „echtes Weihnachtsgeld“ in Form einer vollständigen Wiederherstellung der alten Verhältnisse versprechen. Wir streben aber für die kommende Wahlperiode eine schrittweise Anhebung an bzw. sehen es für dringend geboten, bei der Polizei die Anhebung der Polizeizulage auf das bundesweite Niveau mit einer ruhegehaltstfähigen Ausgestaltung vorzunehmen.

*5. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens künftiger Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich fest im Koalitionsvertrag verankert wird?*

Wie schon im Koalitionsvertrag für die 7. Wahlperiode streben wir auch im neu zu fertigen Koalitionsvertrag an, die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse für die Beamtinnen und Beamten für die gesamte Wahlperiode festzuschreiben.

*6. Seit Jahren wird die Schere zwischen den Entgelttabellen des TV-L im Vergleich zu anderen öffentlichen Arbeitgebern immer größer. Was wird die SPD gegen dieses Ungleichgewicht in der Tarifpolitik tun?*

Die Autonomie von Tarifverhandlungen ist uns ein hohes Gut und daher ist es der Politik - auch zu Recht - verschlossen, in die Tarifgespräche zweier gleichberechtigter Partner einzugreifen oder gar Tarifergebnisse vorzugeben. Gleichwohl wünschen wir uns als Land attraktive Tarifabschlüsse für unsere Beschäftigten, um gegenüber den anderen Arbeitgebern wie Bund und Kommunen attraktive Entlohnungen anbieten zu können.

Der vorauslaufende Tarifabschluss zwischen Gewerkschaften und Bund/Kommunen muss daher immer auch Richtschnur für die Verhandlungen im TV-L sein. Uns ist bewusst, dass die Länder den Abschluss im TVöD nicht immer erreichten. Dies wird uns bereits an mehreren Stellen durch das Abwandern von Fachkräften hin zu anderen öffentlichen Arbeitgebern schmerzlich bewusst.

*7. Wird es mit Ihrer Partei in der kommenden Legislaturperiode ein modernes*

*Gleichstellungsgesetz geben? Worin sehen Sie die Erneuerung und die Modernität dieses Gesetzes?*

Wir setzen uns für ein offenes und sozial gerechtes Sachsen-Anhalt ein, das jeder Person Chancen auf eine gleichberechtigte Teilhabe eröffnet.

In den letzten Jahrzehnten ist maßgeblich durch die Sozialdemokratie viel für die Gleichstellung der Geschlechter erreicht worden. Dennoch liegen noch viele Aufgaben vor uns: Frauen verdienen für die gleiche Arbeit teils noch weniger als Männer, arbeiten häufiger ungewollt in Teilzeit, sind überdurchschnittlich oft prekär beschäftigt und in Führungspositionen unterrepräsentiert.

Gleichstellungspolitik muss stärker als bisher als Querschnittsaufgabe etabliert werden, die alle Handlungsfelder durchzieht. Hierfür braucht es mehr Ressourcen, starke Netzwerke und einen Ausbau der gleichstellungspolitischen Maßnahmen. Dazu gehört ausdrücklich die Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten und aktive Unterstützung von Frauen im öffentlichen Dienst.

Deshalb brauchen wir dringend die mit den Koalitionspartnern in der siebten Wahlperiode nicht gelungene Weiterentwicklung des Frauenfördergesetzes hin zu einem modernen Gleichstellungsgesetz. Das Amt der Gleichstellungsbeauftragten soll dabei auch künftig Frauen vorbehalten bleiben.

*8. Welche Instrumente halten Sie in der SPD für besonders geeignet, um den Anteil von Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen, aber auch bei der Wahrnehmung von Gremienmandaten nachhaltig zu erhöhen.*

Wie zuvor schon ausgeführt, braucht es ein wirkliches Gleichstellungsgesetz und nicht nur ein Frauenfördergesetz wie es derzeit besteht, um wirkliche Gleichstellung und gleiche Chancen zu ermöglichen.

Daneben benötigt es die Evaluierung und Weiterentwicklung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt mit verbindlichen Maßnahmen und Zielen in allen politischen Handlungsfeldern. Darin soll auch die verbindliche paritätische Gremienbesetzung in allen Institutionen mit Landesbeteiligung geregelt werden.

Zudem brauchen wir ein Umdenken in der Verwaltung, um eine Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Die Sicherstellung der gleichberechtigten Vertretung in den Leitungsfunktionen von öffentlicher Verwaltung, Landesbeteiligungen und Hochschulen, unter anderem durch gezielte Nachwuchsförderung und die Etablierung vielfältiger Karrierewege, wollen wir durch politisches Einfordern bzw. gesetzgeberisches Handeln erreichen.

Flankierend muss uns die Einführung eines Paritätsgesetzes für Wahlen im Land Sachsen-Anhalt gelingen, das die paritätische Vertretung von Frauen und Männern auf Landesebene herstellt.